

Göttinger Tageblatt

Niedersächsische Morgenpost • Göttinger Zeitung seit 1889

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND

DIENSTAG, 31. JULI 2018 | NR. 176 | 31. WOCHE | 1,80 €

www.goettinger-tageblatt.de

Hitzewelle

Hersteller von Getränken vermissen ihr Leergut
Seite 15



THEMEN DES TAGES

REGION GÖTTINGEN

Jugendlicher wegen Brandstiftung vor Gericht

Wegen Brandstiftung, Diebstahls und weiterer Delikte steht am 31. Juli und am 14. August der Jugendliche W. vor dem Jugendschöffengericht in Herzberg. Mit dem Jugendlichen K., der ebenfalls bald vor Gericht stehen wird, soll er unter anderem in eine Hütte in Herzberg eingebrochen sein und diese später angezündet haben.
Seite 13

„Rock am Kauf Park 2018“: Drei Bands im Wettstreit

Drei Nachwuchs-Bands treten am 4. August bei der 16. Auflage von „Rock am Kauf Park“ in den musikalischen Wettstreit. Die Veranstalter des Band-Contests erwarten mehrere Tausend Besucher und drei Teilnehmerbands: Surlife, Wasted Act und Freight Yard stehen am Göttinger Einkaufszentrum auf der Bühne.
Seite 8

WIRTSCHAFT

Angst vor einem Währungskrieg

Chinas Währung verliert seit Monaten schon deutlich an Wert. US-Präsident Donald Trump unterstellt Peking, über eine Abwertung die Exporte verbilligen und die US-Strafzölle damit auffangen zu wollen. Der Yuan hat seit April dieses Jahres mehr als 7 Prozent gegenüber dem US-Dollar verloren. Mit der Eskalation im Handelskonflikt wächst die Angst vor einem echten Währungskrieg.
Seite 16

NIEDERSACHSEN

Übersee-Museum erforscht koloniales Erbe

Kunstvolle Schnitzereien, Trommeln und auch Totenschädel – die Deutschen brachten aus ihren Kolonien vieles mit, das heute in Museen lagert. Die Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte steht noch ziemlich am Anfang. Ein Vorreiter ist das Bremer Übersee-Museum.
Seite 18

WETTER

DI MI DO



34° | 17° 31° | 16° 31° | 15°

Börse	6	Wirtschaft	15, 16
Rätsel	17	Wetter	22
Panorama	24	Medien	22
Live	17	Fernsehprogramm	11

SO ERREICHEN SIE UNS

Anschrift 37070 Göttingen

Redaktion 0551/901-766
redaktion@goettinger-tageblatt.de

Anzeigen 0551/901-9
anzeigen@goettinger-tageblatt.de

AboService 0551/901-800
vertrieb@goettinger-tageblatt.de



Sparkassen: Minister will Fusion begleiten

Eine „positive Begleitung“ hat Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (2. v. re., CDU) am Montag den Akteuren einer möglichen Fusion der Sparkassen (SPK) in Südniedersachsen versprochen. Hilbers besuchte am Montag nicht nur die Sparkasse Duderstadt, sondern auch das Amtsgericht (Foto) und andere Stationen in Hann. Münden.

Seite 13



FOTO: PFÖRTNER

Mit Strafzinsen greifen Banken in die Rentenkassen

Zinsergebnis rutscht mit knapp 50 Millionen Euro ins Minus / Auch Krankenkassen und Kommunen betroffen / Stiftungen müssen kämpfen

Von Albrecht Scheuermann und Jens Heitmann

Hannover. Die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) belastet zunehmend die Rentenversicherung und andere Sozialkassen. Diese sind wegen der guten Wirtschaftslage in Deutschland prall gefüllt – und für ihre Guthaben bei den Banken müssen die Sozialversicherer vermehrt Negativzinsen bezahlen. So rutschte bei der Deutschen Rentenversicherung 2017 das Zinsergebnis mit knapp 50 Millionen Euro erstmals ins Minus, wie eine Sprecherin am Montag bestätigte.

Schuld daran ist der Strafzins von minus 0,4 Prozent, den die EZB den Kreditinstituten in der Euro-Zone für ihre täglich fälligen Einlagen abzwackt. Die Banken reichen diese Belastung zumindest an große Kunden mit viel Geld auf dem Konto weiter – wie öffentliche und private Versicherer. Die Finanzierung der Renten sei aber nicht gefährdet, hieß es am Montag unter Verweis auf milliardenschwere Rücklagen. Auch die Krankenkassen bekom-

men dies zu spüren. So sind bei den AOKs nach Angaben ihres Bundesverbandes im ersten Halbjahr schon 6 Millionen Euro an Negativzinsen angefallen. Allerdings bleibt insgesamt noch ein Überschuss, betonte die AOK Niedersachsen.

„Unvermeidbare Negativzinsen insbesondere der Girokonten gleichen wir durch langfristige Geldanlagen aus, bei denen durchaus eine Positivverzinsung möglich ist“, erklärte Jürgen Peter, Chef der AOK Niedersachsen. Diese habe so im vergangenen Jahr noch einen Ertrag von 6,3 Millionen Euro verbucht. „Für dieses Jahr erwarten wir noch rund vier Millionen Euro im Plus.“ Auch die Kaufmännische Krankenkasse in Hannover (KKH) erreichte nach eigenen Angaben im ersten Halbjahr „insgesamt trotz der schwierigen Situation am Zinsmarkt ein leichtes Finanzplus“.

Andere öffentliche Kassen leiden ebenfalls unter der Zinspolitik. „Die Landeshauptstadt Hannover hat in 2017 und 2018 jeweils niedrige vierstellige Beträge auf Guthaben bei Kreditinstituten gezahlt“,

8,6

Millionen Euro Negativzinsen hat das Land Niedersachsen im vergangenen Jahr für seine Bankeinlagen bezahlen müssen.

teilte ein Sprecher mit, beim Land Niedersachsen belief sich die Summe im Jahr 2017 auf 8,6 Millionen Euro. Gleichwohl ist bei Bund, Ländern und Gemeinden die Gesamtbilanz der Zinspolitik äußerst positiv. Da sie allesamt viel mehr Schulden als Einlagen haben, ist ihr Vorteil durch die extrem niedrigen Kreditzinsen weit größer als die Belastung durch Negativzinsen auf Guthaben.

Anders sieht es bei Stiftungen aus, die das Geld von Stiftern und Spendern möglichst ertragreich anlegen müssen. Bei der Stiftung Weltbevölkerung in Hannover etwa gab es 2017 nach Angaben einer Sprecherin einen „niedrigen vierstelligen Betrag“ an Negativzinsen. Viel härter trifft die Stiftungen jedoch der allgemeine Renditerückgang für alle sicheren Geldanlagen.

Zahlreiche Unternehmen kennen Negativzinsen seit Jahren. Deutschlands drittgrößter Versicherungskonzern, die Talanx AG in Hannover, hat im vergangenen Jahr für Guthaben einen „kleinen einstelligen Millionenbetrag“ an die Banken überwiesen.

„Bauern brauchen Klimaplan“

Berlin. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat die Forderung des Deutschen Bauernverbands nach Milliardenhilfen wegen Dürreschäden zurückgewiesen. Zwar habe sie „großes Verständnis für die aktuelle Not vieler Landwirte“, sagte die SPD-Politikerin im Interview mit unserem Hauptstadtbüro. „Aber wir dürfen nicht nur über kurzfristige Finanzspritzen reden“, sagte Schulze. „Es kann nicht nur darum gehen, kurzfristig Ernteausfälle auszugleichen – wir brauchen eine konsequente Strategie zur Klimaanpassung in der Landwirtschaft, und die sollte natürlich auch mit ausreichend Geld unterlegt sein“, forderte die SPD-Politikerin.

Am heutigen Dienstag wollen Bund und Länder eine erste Bestandsaufnahme zu Schäden auf Feldern und Wiesen vornehmen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) erklärte, sie sei „sehr besorgt über die Auswirkungen der Dürre“. Ihr Ministerium bekräftigte unterdessen, dass über besondere Bundeshilfen erst nach der für Ende August geplanten Abschlussbilanz der Ernte entschieden werden soll.

Schulze im Interview Seite 4

Das Volk der Vielsitzer

Eine neue Studie belegt: Die meisten Deutschen halten sich für gesünder, als sie sind

Von Jonas-Erik Schmidt

Auto statt Fahrrad, Fernsehen statt Spaziergang, Bürostuhl statt Werkbank: Die Deutschen verbringen bedenklich viel Zeit im Sitzen. Das geht aus einer Umfrage im Auftrag der Deutschen Krankenkassenversicherung (DKV) hervor, die am Montag veröffentlicht wurde. Nur noch 43 Prozent der Befragten erreichen demnach das empfohlene Mindestmaß an körperlicher Aktivität. Der Wert sei in den vergangenen Jahren immer weiter gesunken – im Jahr 2010 hatte er noch bei 60 Prozent gelegen. „Es ist ein trauriges Ergebnis“, sagte Studienleiter Ingo Froböse von der Deutschen Sporthochschule Köln. In der Summe ergibt sich das Bild einer

Gesellschaft, die sich für gesund hält, in Wahrheit aber träge geworden ist und mitunter ernsthafte Probleme hat, mit Stress umzugehen. Mehr als die Hälfte der Befragten (61 Prozent) etwa stuft ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein.

Das steht in krassem Missverhältnis zur Zahl der Menschen, die tatsächlich von sich behaupten können, gesund zu leben. Das seien nämlich nur 9 Prozent: Diese haben genügend Bewegung, rauchen nicht, ernähren sich passend, trinken wenig Alkohol und haben einen gesunden Umgang mit Stress.

Als ein Hauptproblem machen die Forscher mangelnde Bewegung aus. Als Maßstab legen sie die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation



Fast acht Stunden im Sitzen: Weniger als die Hälfte der Deutschen leisten das empfohlene Bewegungspensum. FOTO: DPA

(WHO) an. Erwachsene sollten pro Woche mindestens 150 Minuten moderater Aktivität – etwa zügiges Gehen – oder 75 Minuten intensiver Aktivität nachgehen, etwa Joggen. Das schaffen aber weniger als die Hälfte. Dafür sind die Deutschen ein Volk der Vielsitzer. Auf fast acht Stun-

den summieren sich im Schnitt die Sitzzeiten an Werktagen. Viel zu selten nutzen die Deutschen körperliche Aktivität als Ausgleich zu Stress. „Sie lassen sich viel zu sehr ablenken – vom Fernsehen, von digitalen Medien. Aber das bedeutet keine Regeneration“, betont Froböse. Zum Thema Erholung haben die Forscher allerdings einen Unterschied hinsichtlich des Einkommens festgestellt: Menschen ab 2500 Euro Haushaltsnettoeinkommen fühlen sich am Ende der Woche tendenziell weniger regeneriert als Menschen mit einem geringeren Einkommen.

Immerhin eine erfreuliche Botschaft gibt es: In Deutschland wird immer weniger geraucht. Nur noch 21 Prozent greifen regelmäßig zur Zigarette.

Extremisten listen „Feinde“ auf

Berlin. Deutsche Rechtsextremisten führen mehr als 25.000 Menschen in der Bundesrepublik als potenzielle Gegner in sogenannten Feindeslisten. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor, die dem Redaktionsnetzwerk Deutschland vorliegt. Bundesbehörden informierten der Antwort zufolge drei Personen, die sich in Zeugenschutzprogrammen befinden, über die Bedrohungslage. Die Datensätze seien unter anderem bei Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) beschlagnahmt worden.

Im Fadenkreuz Seite 4